181

wünschenswerte Einigung mit dem tschecho-slowakischen Staat, mit dem südslawischen, polnischen Staat usw. noch nicht zustande gekommen ist, so muß die Angelegenheit einstweilen in Schwebe bleiben, muß der ohnehin schon über Gebühr lange Aufschub in der Honorierung dieser Rechnungen — leider auch zum Schaden der Industrie und wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit auch zum Schaden der Gesamtheit — noch weiter verlängert werden. Der Staat ist eben auseinandergegangen, ohne daß man sich früher über die Einnahmen und Ausgaben, über das Vermögen geeinigt hatte. Nun stellt sich heraus, daß die Einzelstaaten vom gemeinsamen Eigentum möglichst viel, von den gemeinsamen Schulden aber möglichst wenig übernehmen wollen. Die Verhandlungen gestalten sich deshalb sehr schwierig, sie werden und müssen aber zu einer Einigung führen.

Die Verhandlungen über die Oesterreichisch-ungarische Bank.

Eine Kartellbank?

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Oesterreichisch-ungarische Bank wurde kürzlich gemeldet, daß u. a. auch das Projekt der Bildung einer Kartellbank erörtert wurde. Näheres darüber ist bisher nicht bekannt geworden, und man weiß daher auch nicht, inwieweit dieser Plan zur Durchführung kommen wird. Hier sei daran erinnert, daß in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, zur Zeit, da die Bankgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn noch nicht bestanden hat, von ungarischer Seite der Plan einer Kartellbank proponiert wurde, wobei die beiden Banken ganz selbständig bleiben, nur durch die Person des Gouverneurs verbunden sein sollten, aber gegenseitig für ihre Noten haften sollten — ein Projekt, das von der Nationalbank damals selbstverständlich zurückgewiesen wurde und auch in der Versenkung verschwunden ist. Das Beispiel einer Kartellbank bilden die nordischen Staaten. Norwegen, Schweden und Dänemark verpflichten sich, die Noten des anderen Staates in ihrem Lande als Zahlungsmittel anzunehmen. Die Noten des anderen Staates werden dann gesammelt und repatriiert — es handelt sich also wesentlich um eine Saldierung. Eine solche Saldierung, auf breiterer Basis, für alle Banken der Welt hat vor dem Kriege Gegenstand eines Vorschlages gebildet, das Gold sollte in der Schweiz deponiert, der Ausgleich durch Goldzertifikate bewerkstelligt werden. Vielleicht hat dieses Projekt in der Zeit des Völkerbundes mehr Aussicht auf Verwirklichung! Möglicherweise wird nur insoferne an eine Kartellbank gedacht, als die Filialen der Oesterreichisch-ungarischen Bank, wie die in Prag, dann zunächst die in Agram, zu Hauptanstalten erhoben werden und in der Geschäftsleitung sowie durch Regierungskommissäre in Wien vertreten sind.

Auffällig sind jedenfalls die Aeußerungen, die in den letzten Tagen erfolgten. Der Delegierte der tschechischen Regierung in Genf, Oberdirektor der Agrarbank Swoboda teilte mit, daß die Ententestaaten und Amerika als Besitzer eines Teiles der österreichischen Staatsschulden an der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse in Oesterreich interessiert seien — eine Aeußerung, die an Bedeutung gewinnt im Zusammenhang mit einer Züricher Depesche, wonach Amerika eine Goldanleihe für eine tschechische Währung verweigert habe, um eine weitere Devalvierung der österreichisch-ungarischen Valuta zu verhindern. Heute liegen interessante Aeußerungen, die die gleiche Tendenz zeigen, aus dem Munde des ungarischen Staatssekretärs Dr. Szende vor. Wie uns aus Budapest telegraphiert wird, meldet das Ungarische Korrespondenzbureau aus dem Haag: Der Spezialkorrespondent des „Holland Nieuwe Courant" wurde vom ungarischen Finanzminister Dr. Paul Szende empfangen. Bezüglich der Frage der Staatsschulden äußerte sich Dr. Szende u. a.: Es ist selbstverständlich, daß wir die höchsten Anstrengungen machen werden, alle Gläubiger zu befriedigen, gleichgiltig, ob sie Untertanen unseres Landes oder fremde Staatsangehörige sind. Sämtliche Staatsschulden und Anleihen werden anerkannt, die Zinsen ordnungsgemäß bezahlt und die Obligationen zum Normalwerte eingelöst. Der öffentliche Kredit des Landes wird von allen Parteien respektiert werden. Die Anerkennung ist nicht nur unser Entschluß, sondern eine bittere Notwendigkeit, vor der wir stehen. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen hängt nach Ansicht des Staatssekretärs von zwei Umständen ab, die die großen Schwierigkeiten bilden. Die erste besteht darin, daß der Banknotenumlauf vermindert werden soll. Wenn die vielen Staaten, die sich aus der gewesenen Monarchie bilden, sich weigern sollten, den aliquoten Teil des Banknotenumlaufes zu decken, so wird sich wohl Deutschösterreich und Ungarn in diese Pflichten teilen müssen. Aber wir hoffen, daß sich alle Staaten dazu bereitfinden werden, den aliquoten Teil auf sich zu nehmen. Wir hoffen, daß in dieser Frage eine Verständigung zwischen den neuen Staaten zustande kommen wird, weil ein anderes Vorgehen gegen den Geist des internationalen Rechtes verstoßen müßte. Uebrigens bin ich sicher, daß die Ententeden Staaten die Deckung für die Bankschulden zur Pflicht machen werde. Wenn die Lösung der Banknotenfrage durch eine Einigung zustande kommt, ist unsere finanzielle Hilfe zur Hälfte gesichert. Die zweite Schwierigkeit ist durch eine einmalige große Vermögensabgabe zu beheben. Wir werden eine Vermögensabgabe durchführen, wie sie in der ungarischen Geschichte, ja nicht einmal in der internationalen Geschichte, je dagewesen ist. Wir hoffen, daß es dadurch gelingen wird, das finanzielle Gleichgewicht herzustellen. Die gegenwärtige, vielleicht auch noch die zukünftige Generation wird darunter leiden, doch nach einem fünfjährigen furcht-